



Foto: pixnio.com

## BvLB: Politik muss zwischen Schulformen differenzieren und Wechselunterricht zulassen Schul-Shutdown durch Distanzunterricht verhindern

Maskenpflicht und halbierte Klassen: Eigentlich sollte das beim gestrigen Bund-Länder-Gipfel beschlossen werden. Doch die Ministerpräsidentenrunde widersprach der Kanzlerin. Stattdessen irrt die Politik beim Thema Schule mindestens mal eine weitere Woche umher und beharrt darauf, die Schulen offen zu halten, komme, was wolle. „So wird weiterhin wertvolle Zeit verschenkt. Das grundlegende Übel ist, dass die Politik Schule noch immer über einen Kamm schert und scheinbar mit dem Begriff Schule einzig Grundschulen assoziiert. Das hat der BvLB schon mehrfach betont. Mittlerweile haben sämtliche Lehrerverbände inklusive dem Deutschen Lehrverband (DL) in diesen Kanon eingestimmt. Statt zwischen den einzelnen Schulformen zu differenzieren, wird Schüler gleich Schüler gesetzt“, sagt Joachim Maiß, Vorsitzender des Bundesverbandes für Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB).

Schülerinnen und Schüler ab der Sekundarstufe II müssen nicht zwingend durchgängig Präsenzunterricht haben, sondern können parallel oder im Wechsel zwischen Präsenz- und Distanzunterricht lernen. „Nimmt man diese Schülergruppen aus den Schulbussen und den Schulen, reduziert man die Personenzahl deutlich, minimiert das Infektionsrisiko und hat räumlichen Spielraum, um Klassen

zu teilen“, sagt Eugen Straubinger, ebenfalls BvLB-Vorsitzender, und stellt deutlich klar: „Distanzunterricht kann analog und digital erfolgen. Ein frühzeitig und wohl dosierter Distanzunterricht kann einen Schul-Shutdown verhindern oder zumindest verzögern.“

Während außerhalb von Schule die Kontaktbeschränkungen selbst im Privaten jetzt weiter verschärft werden sollen, transportieren übervolle Bahnen und Busse zu den Stoßzeiten Millionen von Schülerinnen und Schülern. Abstandsregeln sind hier nicht einzuhalten. Das Infektionsrisiko potenziert sich und wird in die Schule getragen.

„Die Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts, Schulklassen ab einem bestimmten Grenzwert zu teilen und die Maskenpflicht massiv auszuweiten, schlägt die Politik weiterhin in den Wind und setzt gegen das Infektionsgeschehen nach wie vor ausschließlich aufs Stoßlüften. Statt auf den harten ‚Schulexit‘ hinzuarbeiten, ist ein frühzeitig geplanter Wechsel zwischen Präsenz- und Distanzunterricht das bessere Instrument, um die Infektionswelle zu brechen“, sagt Maiß.

Laut RKI können rund 75 Prozent aller Corona-Fälle in den Landkreisen inzwischen auf keinen eindeutigen Ansteckungsort zurück-

geführt werden. „Für Österreichs Kanzler Kurz ist dieser Zahlenwert maßgeblich, um seit heute wieder in den vollständigen Lockdown inklusive Schulschließungen zu gehen. Österreich war uns in der Coronakrise bisher immer drei Wochen voraus. In diesem Zusammenhang ist es unverantwortlich und entbehrt jeder Fürsorgepflicht der Dienstherren, die Schulen bei dem Infektionsschutz einfach auszuklammern“, sagt Straubinger und fordert zum wiederholten Male: „Es bedarf jetzt des gemeinsamen Willens aller Beteiligten, um bestmögliche Bildung für die berufsbildenden Schulen in der Krise gewährleisten zu können. Hybrider Unterricht ist kein Teufelszeug, sondern die einzige Alternative zu kompletten Schulschließungen auf breiter Fläche.“

Die Berufsbildner haben schon beim ersten Lockdown bewiesen, dass sie qualitativ hochwertigen Distanzunterricht anbieten konnten - und auch jetzt können. Dies darf allerdings nicht dazu führen, dass Lehrkräfte dauerhaft überlastet sind. Hier sind klare Rahmenbedingungen zu schaffen. Ebenso muss die Leistungsbewertung der Schülerinnen und Schüler an die Krisensituation angepasst werden und damit der Druck von Schülern und Lehrenden genommen werden.

